



„DIE ANALOGE EISSCHOLLE
WIRD IMMER KLEINER.“

Interview mit Lena-Sophie Müller, Geschäftsführerin der Initiative D21

msg: Frau Müller, schön, dass Sie mit uns über die Initiative D21 sprechen. Stellen Sie unseren Lesern bitte die Initiative D21 kurz vor.

Müller: Sehr gerne. Die Initiative D21 e.V. ist eine Partnerschaft aus Politik, Wirtschaft und weiteren gesellschaftlichen Akteuren. Ein gemeinnütziger Verein, der 1999 von Erwin Staudt von IBM und dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder gegründet wurde. Die ursprüngliche Idee, die dahinterstand, war, die digitale Spaltung in Deutschland zu verhindern. Wenn wir historisch zurückgehen: 1999 kam das Internet langsam auf, und schon damals hat man gemerkt, dass es ganz schön große gesellschaftliche Auswirkungen haben wird. Man wollte frühzeitig verhindern, dass es „Onliner“ und „Offliner“ gibt – also solche, die an der neuen Technik partizipieren, und andere, die nicht teilhaben.

msg: Ihre Aufgabe liegt vor allem in Bestandsaufnahmen, in Analysen der gesellschaftlichen Situation. Machen Sie auch ganz konkrete Projekte zur Digitalisierung?

Müller: Nein, die D21 erarbeitet Lagebilder, um den Status quo und die Entwicklung zum Thema Digitalisierung in der Gesellschaft aufzuzeigen. Wir weisen Wirtschaft und Politik darauf hin, dass an bestimmten Stellen bestimmter Handlungsbedarf besteht. Aber wir bieten keine Schulungen oder Workshops an.

msg: Das heißt, Sie kartografieren die Lage der Gesellschaft zum Stand der Digitalisierung. Wie ist denn die Lage?

Müller: Das kommt immer darauf an, auf welche Detailebene man geht. Die Vogelperspektive ist zum Beispiel der sogenannte „D21-Digital-Index“¹ – ein Wert zwischen 0 und 100. Null bedeutet: der Digitalisierung gegenüber sehr negativ eingestellt, komplett offline, ohne digitale Kompetenzen. Und 100 bedeutet: der Digitalisierung gegenüber sehr positiv eingestellt, hohe digitale Kompetenzen, sehr reflektierter Umgang mit digitalen Angeboten und die Möglichkeiten sehr vielfältig nutzend.

Hier liegen wir in Deutschland bei 51 Indexpunkten. Das ist ein mittlerer Digitalisierungsgrad, das heißt eine mittlere „digitale Teilhabe“. Wenn man dann ein bisschen genauer hineinschaut, sieht man, dass sich die Bevölkerung in drei große Gruppen einteilt: die „digital Abseitsstehenden“, die sich die digitale Welt noch nicht erschließen können; dann eine große Gruppe der „digital Mithaltenden“. Die können Schritt halten, preschen aber nicht voran. Und dann gibt es die „digitalen Vorreiter“, die großes Interesse haben und viele digitale Angebote ausprobieren.

Das Schöne ist: Zum Thema digitale Teilhabe habe ich gleich ein paar Akteure aus unserem vielfältigen Netzwerk im Kopf, die dazu Projekte machen. Zum Beispiel die Stiftung Digitale Chancen², die ein tolles Projekt zusammen mit einem Telekom-Anbieter gemacht haben. Sie haben Bewohner von Seniorenheimen mit Tablets ausgestattet und beobachtet, mit was die Menschen gut zurechtgekommen sind, was sozusagen gute Einsteiger-Anwendungen sind. Also, was die Internetnutzung für Einsteiger attraktiv macht. Dazu gehörten beispielsweise die Bahn-App oder Wikipedia. Auch Spiele kamen gut an, zum Beispiel Solitär. Hier hat eine ältere Dame allerdings gesagt, dass sie das digital nicht so gut findet, weil sie dann nicht mehr schummeln kann.

„Der D21-Digital-Index ist mehr, als nur im Internet surfen zu können.“

msg: Wenn also ein Senior Wikipedia nutzt, kommt er dann im D21-Digital-Index schon auf 51 Punkte? Oder welche Digitalkompetenz muss ich mir unter 51 Index-Punkten vorstellen?



Müller: Der D21-Digital-Index ist mehr, als nur im Internet surfen zu können. Der Index setzt sich aus vier Sub-Indizes zusammen. Wir messen zum Beispiel, ob überhaupt ein Zugang zum Internet besteht, ob die Nutzung privat oder beruflich ist, ob auch mobile Geräte verwendet werden, und so weiter. Der zweite Sub-Index fragt ab, wie vielfältig die Nutzung ist. Das heißt, eine Person, die nur im Internet surfen kann, bekommt weniger Punkte als eine, die das Internet und dazu auch Tabellenkalkulations- oder Textverarbeitungsprogramme nutzt.

msg: Wie sind diese durchschnittlich 51 Index-Punkte im Vergleich mit anderen Ländern zu sehen? Und gibt es einen Fahrplan, um den Durchschnitt beispielsweise bis 2020 auf 75 anzuheben?

Müller: Unsere Studie umfasst nur Deutschland, und es gibt leider keine direkten Vergleichszahlen, da andere Länder diese Zahlen nicht exakt so wie wir erheben. 51 Index-Punkte, das ist zunächst nur ein mittlerer Wert. Er ist nicht gut, aber auch nicht katastrophal. Es gibt ja auch digitale Vorreiter, bei denen der Wert sehr viel höher liegt. Wir dürfen allerdings nicht davon ausgehen, dass in absehbarer Zeit alle Bundesbürger digitale Vorreiter werden und im 70er-Bereich landen. Man muss sich vor allem um die Gruppe der im digitalen Abseits Stehenden kümmern. Diese Menschen haben wirklich einen großen Nachteil. Also müssen wir dafür sorgen, dass sie stärker Richtung Mitte, stärker zu 51 Punkten wandern.

msg: Der Index ist zwar neutral, aber lassen sich durch die Verknüpfung mit Sozialdaten – ältere Menschen oder finanziell schwächere Menschen haben einen geringeren Index – eine gesellschaftliche Botschaft und Handlungsvorschläge ableiten?

¹ <http://initiatived21.de/publikationen/d21-digital-index-2016/>

² <https://www.digitale-chancen.de/>

Müller: Ja, genau. Diese drei großen Gruppen, die ich genannt habe, teilen wir noch mal in sechs Nutzertypen auf. Und wenn man in diese Gruppen reinschaut, dann sieht man schon, dass die „digital Abseitsstehenden“ zum Beispiel eher alleinstehend sind. Dass vor allem Menschen mit einem niedrigen Bildungsgrad, mit niedrigem Einkommen oder ältere Menschen an der Digitalisierung nicht teilhaben. Aber diese Bevölkerungsgruppen merken im täglichen Leben auch, dass die analoge Eisscholle immer kleiner wird. Sie werden mehr und mehr von Informationen, von digitaler Teilhabe ausgeschlossen, wenn man ihnen nicht hilft, den digitalen Weg zu beschreiten.

Wir sehen auch immer noch einen Unterschied zwischen Männern und Frauen. Wenn wir auf die Internetnutzung seit 2001 schauen, sehen wir eine Lücke zwischen Männern und Frauen, die sich seit 2001 nur minimal geschlossen hat. Im letzten Jahr konnten wir erstmalig sehen – da hatten wir auch Tablets und Smartphones mitaufgenommen –, dass sich bei der Gerätenutzung der „Gender-Gap“ langsam schließt. Das ist ganz interessant. Und ich denke, wenn wir uns nur die Tablet-Nutzung anschauen, würde sich auch der „Alters-Gap“ ein Stück weit schließen. Solche Entwicklungen muss man jetzt beobachten. Ein Tablet ist ein sehr intuitives Gerät, und es zeigt sehr schön, dass sich Digitalisierung ins Positive entwickeln kann.

Wir reden ja viel über digitales Arbeiten, Arbeiten 4.0 genannt. Tablets und Smartphones können alle bedienen, auch ohne Computertechniker zu sein – schon alleine, weil die Interfaces und die Bedienbarkeit so viel einfacher geworden sind. Das heißt auch, dass jemand, der heute Kfz-Mechaniker ist, in drei, vier, fünf Jahren viel komplexere Maschinen und Systeme bedienen kann, die auf diesen mobilen Technologien basieren.

„Wir sehen sowohl bei den Kompetenzen einen Rückgang als auch bei der Offenheit.“

msg: Ihrer Studie habe ich entnommen, dass die Werte in punkto Offenheit zur Digitalisierung schlechter werden. Was heißt das? Ist das ein bedrohlicher Trend?

Müller: Wir sehen sowohl bei den Kompetenzen einen Rückgang als auch bei der Offenheit. Dazu muss man wissen, dass man den Index nicht als gleichbleibendes Instrument betrachten darf, mit dem immer nur neu gemessen wird. Vielmehr wird die Messlatte jedes Jahr neu angepasst. Ich verdeutliche das immer gerne so: Im Jahr 2001 haben wir abgefragt, ob jemand ein Handy hat. Heute bekommt man dafür keine riesigen Pluspunkte mehr. Dafür haben wir vor einem Jahr Wearables in die Abfrage aufgenommen. Aber man bekommt nicht automatisch –

nur, weil man sie benutzt – einen ganz hohen Indexwert. Vielmehr kann eine zu hohe und unreflektierte Nutzung zu Minuspunkten führen. Deshalb legen wir jedes Jahr die Messlatte neu und passen den Fragebogen immer wieder an die Realität an. Das heißt, wenn sehr viele neue digitale Themen auf die Gesellschaft zukommen – Wearables, künstliche Intelligenz etc. –, dann kann sich die digitale Kompetenz auch mal nach unten entwickeln. Im 2016-Index hatten wir das Schwerpunktthema digitale Kompetenzen, also wir haben auch viel mehr zum Thema Kompetenzen abgefragt.

msg: Das heißt, wenn man 2016 zu viel Pokémon GO gespielt hat, bekommt man Minuspunkte ...

Müller: (lacht) Pokémon GO haben wir nicht abgefragt, aber es sind Einstellungsfragen dabei, zum Beispiel zur Internet- oder Smartphone-Nutzung. Wenn jemand sagt, er sei 22 Stunden am Tag online, dann würden wir das kritisch sehen. Ab und zu muss man ja auch mal schlafen ...

msg: Zählt Spielen auf dem Smartphone als ernsthafte Beschäftigung mit digitalen Geräten, oder ist das eher ein Nebenprodukt?

Müller: Also der Index ist nicht ganz so simpel, denn wir sagen nicht pauschal, dass Spielen schlecht ist. Es kommt darauf an, was der Einzelne spielt. Es gibt mittlerweile so viele pädagogisch sehr wertvolle Spiele, bei denen man sehr viel lernt und die wunderbar im Unterricht eingesetzt werden können. Natürlich gibt es Spiele, die einfach nur Zeitvertreiber sind. Es gibt viele Menschen, nicht nur Kinder, sondern in allen Altersgruppen, die auf dem Smartphone spielen, um abzuschalten. Gerade weil unsere Welt so schnell und komplex geworden ist. Daher würde ich das nicht pauschal als positiv oder negativ bewerten.

msg: Haben Sie im Index auch die Gruppe der Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung abgefragt? Wo liegt deren Digital-Index?

Müller: Diese Zahlen gibt es leider nicht. Aber Sie sprechen einen spannenden Bereich an, den wir uns gerade in der Arbeitsgruppe „Innovativer Staat“³ vorgenommen haben. Sie kennen vielleicht die Studie zum Thema E-Kompetenzen, die der IT-Planungsrat in Auftrag gegeben hat.⁴ Darin werden die E-Kompetenzen aufgelistet, die heute in der Verwaltung wichtig sind. Darüber haben wir uns informiert und den Planungsrat dann nach dem Status quo gefragt. Aber den hatte die Studie gar nicht ermittelt. Also fragen wir gerade beim IT-Planungsrat an, wie es mit der Studie weitergeht. Es ist ja schön, zu wissen, welche Kompetenzen nötig sind. Aber es wäre auch wichtig, zu wissen, wie der Status quo diesbezüglich ist, und zu sehen, wo Anpassungen nötig sind.

³ <http://initiatived21.de/arbeitsgruppen/ag-innovativer-staat/>

⁴ http://www.it-planungsrat.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2016/Entscheidung_2016_46.html

Aber wir müssen der Wahrheit ins Gesicht schauen. Wenn ich mal eine Vermutung anstellen darf: Wir haben 4,5 Mio. Menschen, die im öffentlichen Dienst in Deutschland beschäftigt sind. Da finden wir ein Stück weit den Schnitt durch die Bevölkerung wieder. Wenn wir uns dann das Durchschnittsalter der Beschäftigten in der Bundesverwaltung anschauen – das bei 45, 46 Jahren liegt – und wissen, dass der Digitalisierungsgrad bei älteren Menschen eher geringer ist, und dann auch noch die Studiengänge und Ausbildungen für Verwaltungsmitarbeiter sehen, in denen kein großer Fokus auf Digitalthemen, agile Prozesse etc. liegt, dann nehme ich an, dass wir nicht nur digitale Vorreiter in der öffentlichen Verwaltung haben.

msg: Wahrscheinlich nutzen viele Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung ihr privates Wissen und ihre privat erworbenen digitalen Fertigkeiten.

„Die privaten und beruflichen digitalen Welten klaffen komplett auseinander.“

Müller: Das stimmt. Wir haben letztes Jahr eine Sonderstudie „Schule Digital“ durchgeführt und auch gefragt, wie die digitale Nutzung bei Lehrern privat aussieht und wie beruflich. Diese Welten klaffen komplett auseinander. Ich würde sehr stark vermuten, dass es in der öffentlichen Hand auch so ist. Zu Hause wird mit Tablets und Laptops gearbeitet und im Büro mit dem Desktop-PC. Dabei gibt es gerade für Mitarbeiter, die vor Ort bei den Bürgern sind, sinnvolle Möglichkeiten. Die Polizei ist ein schönes Beispiel. Wenn sie alles, was zum Beispiel bei einem Unfall passiert ist, gleich in eine App eintragen könnten, würden sie im Büro viel Zeit sparen und müssten nicht noch mal alles abtippen. Also man sieht, dass E-Government große Vorteile haben kann. Und ich vermute, die Mitarbeiter wären durch ihr privates Umfeld auch durchaus bereit dafür. Wahrscheinlich müssten sie gar nicht stark geschult werden.

msg: Das bringt mich direkt zum „eGovernment MONITOR“⁵. Sie nennen ihn „ein umfassendes Lagebild zur Nutzung und Akzeptanz digitaler Verwaltungsangebote“. Wie kommt denn das Thema E-Government bei den Bürgern an?

Müller: Nicht so gut. 2016 hatten wir eine Nutzung um die 46 Prozent. Wenn wir das mit der Schweiz und Österreich vergleichen – beide Länder liegen bei über 65 Prozent der Nutzung, Österreich sogar bei 74 Prozent. Da ist schon ein großer Gap.

msg: Wie kann man denn die Nutzung kategorisieren? Ist schon der Online-Antrag für einen Anwohner-Parkausweis eine E-Government-Nutzung?

Müller: Ja, wir fassen das sogar sehr, sehr breit. Selbst wenn sich jemand auf den Internetseiten der Behörden über bestimmte Dinge informiert, sagen wir in unserer breiten Definition, dass er eine E-Government-Leistung genutzt hat. Denn eine digitale Information gehört ja auch zum E-Government-Angebot dazu. Für den Monitor haben wir gefragt: „Haben Sie in den letzten zwölf Monaten eine E-Government-Anwendung verwendet?“ und geben eine Definition vor.

msg: Ich lese im Monitor, dass die Bürger eigentlich zufrieden sind mit dem Angebot. Also haben wir zwar einen niedrigen Nutzungsgrad, aber eine gute Zufriedenheit.

Müller: Genau. Das ist ja eigentlich positiv. Denn wer das Angebot erst mal genutzt hat, findet es gar nicht so schlecht. Allerdings schaffen wir es nicht, die Nutzung wesentlich zu steigern.

msg: Wen und wie fragen Sie genau?

Müller: Es ist eine Online-Befragung aller Bundesbürger ab 18 Jahren. Nach der Zufriedenheit fragen wir natürlich nur die, die die Angebote auch nutzen. Aber bei der Zufriedenheit muss man immer auch in die einzelnen Fragen reinschauen. Wir fragen: „Warum nutzen Sie das Angebot nicht?“ und bekommen dann vielleicht die Antwort „Weil ich nicht weiß, dass es etwas gibt“. Die Antworten „Das Angebot ist nicht bekannt“ oder „Das brauche ich nicht“ sind die häufigsten Gründe dafür, dass etwas nicht genutzt wird.

msg: Wenn man also nicht neugierig ist und sich informiert, lernt man viele Angebote gar nicht kennen?

Müller: Das ist ein interessanter Punkt. In unserem Leitfaden fragen wir, wie die Menschen eigentlich auf die Angebote aufmerksam werden. Und ob der potenzielle Kunde der digitalen Verwaltung überhaupt eine Chance hat, das Angebot zu finden. Uns interessiert auch, was die Bürger tun, um sich über das Angebot zu informieren. Die meisten googeln. Wir haben dann auch mal versucht, bestimmte Dienste zu googeln, und festgestellt, dass man sie nicht so leicht findet. Zum Beispiel, weil sie im Verwaltungsdeutsch ganz anders heißen. Die wenigsten Bürger gehen direkt auf die Seite der Behörde und klicken sich dann bis zur zehnten Untererebene durch, bis sie zum Anwohner-Parkausweis kommen. Sie googeln „Anwohner Parkausweis Berlin“. Und müssen dann auf die richtige Seite kommen. Deshalb gibt es hier eine Empfehlung von uns an die Verwaltung: Optimierte eure Webseiten, seid in Suchmaschinen auffindbar, verwendet Begriffe, die die Menschen eintippen würden!

5 <http://www.egovernment-monitor.de/startseite.html>

„16 Prozent der Befragten geben an, dass die Behörde Ihnen von der Nutzung der Online-Ausweisfunktion (eID) abgeraten hat.“

msg: Wie ist denn die Einstellung der Verwaltungsmitarbeiter zum Thema E-Government? Die müssten ja Botschafter in der Nutzung sein.

Müller: So explizit haben wir das nicht abgefragt. Aber beim neuen Personalausweis haben wir nachgefragt, warum jemand die neue ID-Funktion nicht freigeschaltet hat. Und 16 Prozent haben geantwortet, dass die Mitarbeiter im Bürgeramt aktiv davon abgeraten hätten. Das ist eine enorm hohe Zahl, wenn man überlegt, dass dort eigentlich die „Vertriebler“ sitzen müssten. Stellen Sie sich vor, 16 Prozent der msg-Berater würden ihren Kunden von den eigenen Produkten abraten. Das wäre der Super-Gau. Es ist also nicht so, dass die Mitarbeiter großartig überzeugt sind. Entweder, weil ihnen das Verständnis fehlt, sie es selbst nicht leben oder das interne E-Government viel zu wenig vorangetrieben wird. Wenn wir uns mal anschauen, wie lange schon an der Einführung der E-Akte gearbeitet wird. Und es gibt es immer noch eine Parallelstruktur. So bekommt man keine Akzeptanz für das digitale System.

msg: Da habe ich ein aktuelles, schönes Zitat von Staatsminister Helge Braun für Sie: „Wir haben zwar eine lange Verfahrensdauer, aber eine hohe Präzession.“⁶ Sein Beispiel bezog sich auf die Flüchtlingskrise 2015 ...

Müller: Nun ja, was haben wir denn bei der Flüchtlingskrise gesehen? Dass wir in Deutschland einen so kruden Prozess haben, dass Menschen, die neu nach Deutschland gekommen sind, an sechs verschiedenen Stellen registriert werden mussten. Dass Leitordner quer durch Deutschland verschickt werden mussten, weil alles in Papierakten erfasst war. Wir waren so irrsinnig langsam, und das hat massiv dazu beigetragen, dass wir die Flüchtlingssituation nicht gut in den Griff bekommen haben. Erst der Druck aus dieser Situation hat dazu geführt, dass man ein zentrales Kerndatensystem geschaffen hat, sodass – aufgepasst! – mehrere verschiedene Behörden auf das gleiche System zugreifen dürfen! Noch vor zwei Jahren hätten da alle Datenschützer aufgeschrien, das wäre nie gegangen. Das ging erst in dieser Krise. Ich würde also sagen, dass die Flüchtlingskrise die Verwaltung modernisiert hat. Das war wie ein Schnellzug, der da durch die Verwaltung gerauscht ist, und man kann nur hoffen, dass sie es nun schafft, da viele weitere Wagons anzuhängen. Ich will nicht, dass die Verwaltung nicht ordentlich

Initiative D21

Die Initiative D21 ist Deutschlands größtes gemeinnütziges Netzwerk für die digitale Gesellschaft, bestehend aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Mandatiert durch Wirtschaft und öffentliche Hand arbeiten hier einige der besten Köpfe gemeinsam daran, die gesellschaftlichen Herausforderungen im digitalen Wandel zu durchleuchten, jährliche Lagebilder zu liefern und Debatten anzustoßen, um die Zukunft der digitalen Gesellschaft sinnvoll zu gestalten.

Um das Verbesserungspotenzial der Digitalisierung für Deutschland nutzen zu können, bedarf es ausgezeichneter Rahmenbedingungen für digitale Innovationen und einer kompetenten und selbstbestimmten digitalen Gesellschaft. Die D21 strebt ein Deutschland an, in dem der digitale Wandel nicht nur geschieht, sondern motiviert und chancenorientiert gestaltet wird.

arbeitet, aber manchmal ist es einfach ein Problem, wenn wir immer 110 Prozent genau sein wollen.

msg: Haben Sie aus Ihrer Studie auch ein positives Beispiel für E-Government?

Müller: Es gibt viele tolle E-Government-Anwendungen: die zentrale Rufnummer 115 zum Beispiel, von der ich selbst ein großer Fan bin. Natürlich habe ich hier in Berlin das Glück, dass sie verfügbar ist, und ich wurde auch noch nie enttäuscht. So etwas sollte man noch viel stärker pushen. Im Monitor sehen wir, dass die Leute grundsätzlich offen gegenüber den ganzen Open-Government-Anwendungen sind und es auch nutzen würden, wenn sie denn wüssten, dass es das gibt. Die Steuererklärung online zum Beispiel. Viele sagen, dass sie so etwas nutzen würden, und wissen gar nicht, dass sie es schon könnten.

msg: Sie haben eben Open-Government erwähnt, dazu habe ich noch ein Zitat von Staatsminister Helge Braun: „Das Open-Datag-Gesetz ist einer der wichtigsten Beiträge zur Effizienzsteigerung der öffentlichen Verwaltung.“ Sehen Sie das auch so, und finden Sie, dass es ein gut gemachtes Gesetz ist?

Müller: Ich kann hier nur über die Entwurfsfassung sprechen, die uns auch zur Kommentierung vorgelegt wurde. Was wir definitiv sehen, ist, dass die Entgeltfreiheit dringend enthalten sein muss. Denn es ist ein Kernprinzip von Open Data, dass jeder die

⁶ Berlin, 25.01.2017, Kongress „Mit Projekten Deutschlands Zukunft gestalten – Governance von Projekten als Erfolgsfaktor in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“



Daten nutzen kann. Alles, was nicht der Geheimhaltung unterliegt, sollte offengelegt und transparent sein, weil wir noch gar nicht wissen, was für tolle Potenziale drinstecken.

msg: Hier hake ich noch mal nach, der zweite Teil des Zitats besagt: „... weil dadurch neue Geschäftsmodelle geschaffen werden können.“ Was heißt das? Neue Geschäftsmodelle für wen? Stellt der Staat kostenlos Daten bereit, mit denen dann andere Geld verdienen können?

Müller: Wie wurden diese Daten denn erhoben? Doch durch Steuergelder, das heißt, sie wurden schon einmal bezahlt. Und sie bringen ja niemandem etwas, wenn sie in Excel-Tabellen auf den Servern der Verwaltung liegen. Ein simples Beispiel: Wenn bestimmte Kartendaten, Straßenverzeichnisse und Hausnummern von der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung gestellt werden, könnte ein Formularhersteller seine Formulare mit einer gewissen Intelligenz hinterlegen. Denn er weiß, dass verifizierte Adressdaten dahinterstehen. Ein anderes Beispiel sind Navigationsdaten. Wenn die zur Verfügung stehen und aufbereitet werden, könnten auf dieser Basis Trips in die Natur und passende Informationen dazu angeboten werden.

msg: Wäre es nicht einträglicher, wenn der Staat diese Daten an die Firmen verkauft, die dann ihrerseits damit Geld verdienen?

Müller: Das hat der Staat ja eine Zeitlang gemacht – aber die Einkünfte waren nicht sehr hoch. Und es ist eben auch ein Grundverständnis, dass der Staat Daten, die er mit Steuergeldern erhoben hat, auch der Allgemeinheit kostenfrei zur Verfügung stellt. Man kann Open Data auch als Wirtschaftsförderung betrachten, als Innovationsförderung. So gesehen, ist das letztlich eine Fördermaßnahme des Staates. Und man darf nicht vergessen: Wenn der Staat die Daten verkauft, dann müssten sie in einer garantierten Qualität zur Verfügung stehen. Das heißt, der Staat müsste Geld in

die Hand nehmen, um die Daten so zu verifizieren, dass sie korrekt sind. Denn die Wirtschaft ist natürlich nur bereit, für die Daten zu zahlen, wenn sie qualitativ sehr hochwertig sind.

„Das Open-Data-Gesetz kennt zu viele Ausnahmetatbestände.“

msg: Was fehlt Ihnen neben der fehlenden Entgeltfreiheit noch am vorliegenden Gesetzentwurf?

Müller: Die fortlaufende Aktualisierung. Dass man nicht sagt, zack, die Daten einmal raus und dann nie wieder. Die Aktualisierungen müssen doch auch den Open-Data-Kriterien unterliegen, da sich die Nutzer sonst nicht auf diese Daten verlassen können.

Ein weiterer Kritikpunkt von uns ist, dass das Gesetz zu viele Ausnahmetatbestände nennt. Einerseits tritt Deutschland der „Open Government Partnership“⁷ bei – das heißt, man möchte sich auf Transparenz, auf Open Data verständigen, ein Open-Data-Gesetz machen –, und dann haben wir 20 Ausnahmetatbestände. Ob wir so mit Open Data schnell vorankommen? In anderen Ländern, UK zum Beispiel, die eine sehr offensive Strategie verfolgen, ist das große Chaos auch nicht ausgebrochen.

msg: Aber steckt hinter Open Government nicht auch der Grundgedanke der informellen Selbstbestimmung der Bürger? Also, dass die Bürger wissen, wie ihre Daten verwendet oder innerhalb der Behörden weitergegeben werden?

Müller: Open Data sind nie personenbezogen. Bei offenen Daten geht es wirklich nur um Daten, die unkritisch, die nicht einer bestimmten Person zuzuordnen sind. Das ist wichtig. Open Data bringt ja auch Transparenzvorteile, zum Beispiel beim Thema Open Budget. Wie werden eigentlich die Haushaltsgelder verwendet? Diese Transparenz erfordert aber auch ein bestimmtes Know-how, weil so ein Haushalt komplex ist. Auch da gibt es im Open-Government-Bereich, ich glaube in UK, ein Planspiel. Wenn man sagt, dass für Kitas mehr Geld ausgegeben werden muss, dann schiebt man einen Regler an dieser Stelle nach oben. Aber dann gehen alle anderen Regler auch runter. Ich kann eben nicht in einen Topf etwas reinwerfen, was ich nicht habe. Das muss ich an anderer Stelle reduzieren. Durch die Transparenz müsste sich die Politik viel mehr rechtfertigen. Das ist ein Aspekt, der durch offene Daten käme.

msg: Dann sind wir jetzt gespannt, inwieweit Ihre Anmerkungen ins Gesetz eingeflossen sind.

7 <https://www.opengovpartnership.org/>



Müller: Ja, wir auch.

msg: Themawechsel: Die D21 firmiert als eingetragener Verein – wie finanzieren Sie sich?

Müller: Wir finanzieren uns vor allem durch Mitglieds- und Förderbeiträge, Zuschüsse von Behörden und Spenden. Bei uns zahlt jedes Mitglied den gleichen Beitrag – aktuell 5.000 Euro jährlich. Wir sind da ganz transparent.

msg: Im Präsidium der D21 sitzen neben Industrievertretern nur ein, zwei Vertreter der Politik. Sie werden politische Partner genannt, treten aber nicht sehr in Erscheinung.

Müller: Unser Präsident, Hannes Schwaderer, kommt von Intel, unsere Vizepräsidenten aus mittelständischen „hidden champions“ (Anmerkung der Redaktion: Dr. Hermann Rodler, Kathrein Werke KG und Robert A. Wieland, Kantar TNS). Unsere Schatzmeisterin kommt aus einem Verein (Anmerkung der Redaktion: Prof. Barbara Schwarze, Kompetenzzentrum Technik – Diversity – Chancengleichheit e. V.), und dann haben wir noch unseren Schriftführer, der ist von Ericson ...

msg: Sie sehen, was ich meine. Inwieweit engagieren sich die politischen Partner?

Müller: Die politischen Partner sind nicht Teil der Vereinsmitgliedschaft – mit einer Ausnahme, der Bundesagentur für Arbeit. Die politischen Partner, zum Beispiel die Ministerien, engagieren sich durch finanzielle Förderung. Wir haben da zum Beispiel den D21-Digital-Index“, der wird über die Hälfte vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert. Und Bundestagsabgeordnete und Co. treten bei uns in den Foren und auf unseren Veranstaltungen auf.

msg: Während zum Beispiel das Wirtschaftsministerium die D21 kennt und zitiert, haben die meisten Behörden noch nie etwas von der D21 gehört. Woran liegt das?

Müller: Wir sind viel stärker auf der Bundesebene aktiv. Mit den Landesverwaltungen oder den Kommunen haben wir weniger bzw. punktuell Schnittmengen. Wobei wir über den E-Government-Bereich sicher an vielen Stellen auch Kontakte in die kommunale Ebene und in die Landesebene haben. Das passiert dann zum Beispiel in unserer Arbeitsgruppe „Innovativer Staat“. Dort sind beispielsweise auch Landkreise vertreten, Abgeordnete und Vertreter aus der Berliner Verwaltung, die alle ihre Erfahrung mitbringen. Aber – das muss man eben auch sehen – die D21 ist in ihrem Aktionsradius in den Kommunen, in den Ländern auch ein Stück weit beschränkt. Wir haben hier fünf festangestellte Mitarbeiter, vier davon in Teilzeit, und bewegen uns daher vor allem im politischen Berlin.

msg: Kürzlich hatten Sie einen Relaunch Ihrer Homepage. Ist damit auch eine inhaltliche Neupositionierung der D21 verbunden?

Müller: Ja, das ist schon so. Wir haben in den letzten zwei Jahren das Bild der Initiative D21 inhaltlich geschärft und folgerichtig unser Äußeres so angepasst, dass es wieder zu dem passt, was wir sind und was wir im täglichen Arbeitsprozess tun. Denn wir sind der einzige Akteur, der von der Wirtschaft und der öffentlichen Hand für den Blick auf die gesamte digitale Gesellschaft mandatiert ist! Viele Akteure sind in Detailbereichen aktiv, zum Beispiel in der digitalen Bildung, im Bereich der Breitbandförderung etc. Aber die D21 schaut immer breit auf alle Themen, auf die ganze Gesellschaft und auf die Auswirkungen, die diese Themen haben.

msg: Welche Themen haben Sie dabei besonders im Blick?

Müller: Wenn wir von der digitalen Gesellschaft ausgehen, dann gibt es drei Themenfelder, die wir genauer anschauen: Zum Ersten: die digitale Selbstbestimmtheit, weil wir glauben, eine digitale Gesellschaft braucht digitalkompetente Individuen, die teilhaben können. Zum Zweiten: die digitalen Lebenswelten. Zum Beispiel bewegt sich das Individuum „Schüler“ in der Lebenswelt „Schulbildung“. Wenn da die Rahmenbedingungen nicht gut sind, hat der Einzelne keine guten Chancen auf einen gelungenen Start ins digitale Leben. Wenn wir eine fitte, gut aufgestellte Gesellschaft haben wollen, müssen die Rahmenbedingungen in den jeweiligen Lebenswelten gut sein. Und drittens: der digitale Standort Deutschland. Dazu gehört auch die digitale Verwaltung, denn die Verwaltung ist letztlich das Betriebssystem für Deutschland. Gesellschaft ist immer mit Verwaltung konfrontiert –

von A wie Abfall bis Z wie Zoll. Sei es als Unternehmer oder als Privatperson. Wenn hier die Infrastruktur und die Regelungen nicht entsprechend geschaffen werden, ist das eine Bremse für die digitale Gesellschaft.

„Die Verwaltung ist das Betriebssystem für Deutschland.“

msg: Die Industrie möchte aus Ihrer Arbeit natürlich auch einen Nutzen ziehen. Merken Sie eine Einflussnahme seitens der Industrie auf Ihre Themen, oder sind Sie da völlig frei?

Müller: Was wir tun, muss zur Satzung der Initiative D21 passen, zu der sich unsere Mitglieder auch bekennen. Wir haben um die 50 Mitglieder und um die 60 Fördermitglieder aus allen Branchen – aus der Gesundheitsbranche, aus den MINT-Bereichen, dem Finanzsektor und vielen mehr. Klar, unter den Mitgliedern sind viele große IT-Unternehmen, weil die sich natürlich besonders für die Digitalisierung interessieren, aber in der Breite sind wir branchenübergreifend aufgestellt. Die Wirtschaftsunternehmen wissen, dass sie auch immer abhängig sind von der Reaktion der Gesellschaft. Nehmen wir das Beispiel Google Street View. Da gab es eine Innovation, etwas Neues: Ein Auto fährt durch Deutschland und filmt Straßen und Plätze. Aber die deutsche Gesellschaft hat massiv dagegen agiert, sie wollte diesen Service nicht. Es gab enorme Ängste und Ablehnung in der Bevölkerung. Und wenn Sie sich heute eine Europakarte mit der Serviceabdeckung von Street View anschauen, dann ist Deutschland heute ein weißer Fleck. Weil Google Street View nicht mehr in Deutschland aktiv ist. Alle Bilder, die Sie sehen, sind von 2005 und werden nicht mehr aktualisiert.

msg: Sie haben an anderer Stelle gesagt, dass die Initiative D21 einen gesellschaftlichen Auftrag hat. Im Prinzip füllen Sie mit Ihrer Arbeit eine gesellschaftliche Auftragslücke, die eigentlich von der Politik gefüllt werden müsste.

Müller: Wir sehen unsere Aktivitäten durchaus als gesellschaftlichen Auftrag. Die Digitalisierung hat massiven Einfluss auf unsere Gesellschaft. Diese Entwicklung muss man begleiten und aufzeigen, wo Handlungsbedarf besteht. Wenn zum Beispiel ein Ministerium sagt: „Die D21 macht eine Studie zu einem wichtigen Thema“ und daher für die Hälfte der Kosten aufkommt sehen wir das als Mandatierung unserer Arbeit und unseres Auftrags. Wir freuen uns darüber, dass uns ein Ministerium so vertraut, dass wir diese Aufgabe übernehmen sollen. Denn das zeigt uns, dass wir einen guten Job machen. Wir werden als verlässliche Quelle wahrgenommen, das stellen wir immer wieder fest.

Journalisten nutzen den Index oder den Monitor immer wieder als Nachschlagewerk.

Ein aktuelles Beispiel sind „fake news“. In diesem Zusammenhang haben viele Journalisten in unserer Studie nachgeschlagen und festgestellt, dass die digitale Kompetenz in der deutschen Bevölkerung gering ausgebildet ist. Und „fake news“ haben eben ganz viel damit zu tun, ob jemand die Logiken der Informationsweitergabe im Netz verstanden hat. Und ob jemandem klar ist, dass etwas, das im Internet steht, nicht unbedingt wahr sein muss. Da sind wir dann wieder bei der digitalen Bildung. Wenn das in den Schulen nicht gelehrt wird, die Kinder keine Quellenkritik lernen und keinen natürlicheren und kritischen Umgang mit diesen Dingen, dann muss man sich nicht wundern. Da müssen wir massiv in die digitale Bildung, in Digitalkompetenzen in den Schulen investieren und aufklären.

„Der Staat muss bei den digitalen Basisdiensten seine Hausaufgaben machen.“

msg: Was verstehen Sie genau unter einem „innovativen Staat“? Was wäre für Sie eine richtig innovative Staatsaktion?

Müller: Also innovativ im Sinne von mutig wäre der Staat, wenn er sagen würde: „Es gibt 60 Prozent Gebührenerlass, wenn der Bürger den digitalen Pfad wählt.“ Denn es wären große Einsparungen und Effizienzgewinne möglich, wenn mehr Bürger den digitalen Pfad wählen würden. Österreich macht das übrigens schon so. Ein weiteres Beispiel: Es wäre innovativ, wenn viele Infos statt über die zentrale Rufnummer 115 über Apps als Self-Service angeboten würden. Oder wenn es Chat-Bots auf Behördenseiten gäbe – denn eigentlich sind alle Leistungen, die auf Formularen aufgebaut sind, prädestiniert für Chat-Bots. E-Government ist immer noch ein Nischenthema, ein Entwicklungsthema. Über einfache Messenger-Dienste könnte man den bildungsfernen Bevölkerungsschichten einen viel leichteren Einstieg bieten. In UK gibt es ein Beispiel, wo Obdachlose über ein Chat-Bot Hilfeleistungen anfordern können. Der Staat muss bei den digitalen Basisdiensten seine Hausaufgaben machen und Themen wie zum Beispiel E-Akte endlich zum Abschluss bringen.

Und ein paar sexy Dienstleistungen obendrauf setzen, bei denen man sagen würde: Cool! Da gäbe es so viele einfache Möglichkeiten. Warum muss man zum Beispiel einen Antrag auf Kindergeld stellen, wenn jedes Kind, das hier geboren wird, sowieso Anspruch darauf hat? Warum verknüpft man das nicht mit einer anderen Meldung, die bei der Geburt sowieso gemacht werden muss? Da würde man viel Bearbeitungsgebühren sparen können.

msg: Der Staat müsste also in Sachen digitaler Innovationen mutiger werden, mehr investieren?

Müller: Ja, genau.

msg: Nachdem wir viele interessante Informationen zur Initiative D21 bekommen haben, interessiert uns zum Schluss noch, was Sie persönlich motiviert hat, Geschäftsführerin der Initiative D21 zu werden?

Müller: Ich bin nicht alleine auf diese Idee gekommen, ich wurde gefragt. Für die Stelle entschieden habe ich mich, weil sie einfach sehr gut zu dem passte, was ich vorher gemacht habe und was mich interessiert. Ich fand schon während meines Studiums der Politikwissenschaft mit verwaltungswissenschaftlichem Schwerpunkt alle Themen rund um digitale Verwaltung und demografischen Wandel interessant. Ich habe dann bei Fraunhofer in Berlin das Glück gehabt, an vielen spannenden Forschungsprojekten zu arbeiten: neuer Personalausweis, Kfz-Anmeldung, Open-Government- und Open-Data-Projekte.

msg: Und was sind die Highlights in Ihrem Job?

Müller: Wenn man mich fragt, was mich an meinem Job begeistert, dann ist es zum einen die Themenvielfalt – es ist nie Stillstand, es passiert immer was Neues. Das Themenfeld Digitalisierung verändert sich täglich, und die D21 ist sozusagen ein Knoten in einem großen Netzwerk. Wir haben das Glück, jeden Tag mit Menschen aus unterschiedlichen Bereichen zu arbeiten, die Digitalisierung positiv gestalten wollen.

Eines meiner Lieblingsprojekte und ein echtes Highlight ist der Fachkongress zum Digital-Index. Highlights sind auch immer Veranstaltungen, nach denen die Leute sagen: „Wir haben einen Denkipuls mitgenommen.“

msg: Denkipulse nehme ich ganz sicher auch mit. Vielen Dank, Frau Müller, für dieses sehr interessante Gespräch.

Müller: Sehr gerne. ●

DIESES INTERVIEW FÜHRTE
DR. ANDREAS ZAMPERONI
Leiter Competence Center
Projektmanagement
Public Sector Solutions Consulting

